



## Detailansicht des Registereintrags

### Deutscher Behindertenrat

Aktuell seit 01.06.2026 13:49:27

Aktionsbündnis der maßgeblichen Verbände chronisch kranker und behinderter Menschen

<b>Registernummer:</b>	R002273
<b>Ersteintrag:</b>	28.02.2022
<b>Letzte Änderung:</b>	01.06.2026
<b>Letzte Jahresaktualisierung:</b>	01.06.2026
<b>Tätigkeitskategorie:</b>	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
<b>Kontaktdaten:</b>	Adresse: c/o BAG Selbsthilfe e.V. Düsseldorf Kirchfeldstraße 149 40215 Düsseldorf Deutschland  Telefonnummer: +49211310060 E-Mail-Adressen: info@deutscher-behindertenrat.de dbr@bag-selbsthilfe.de Webseiten: <u><a href="http://www.deutscher-behindertenrat.de">www.deutscher-behindertenrat.de</a></u>
<b>Hauptstadtrepräsentanz:</b>	Mariendorfer Damm 159 12107 Berlin  Telefonnummer: +49211310060 E-Mail-Adresse: dbr@bag-selbsthilfe.de
<b>Hauptfinanzierungsquellen</b> (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/25	
Keine Finanzierungsquelle	

**Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:**

Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/25

10.001 bis 20.000 Euro

**Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:**

Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/25

0,20

**Vertretungsberechtigte Person(en):****1. Michaela Engelmeier**

Funktion: Vorsitzende im Sprecherinnenrates des Deutschen Behindertenrats

**2. Professorin Sigrid Arnade**

Funktion: Mitglied im Sprecherinnenrat des Deutschen Behindertenrates

**3. Verena Bentele**

Funktion: Mitglied im Sprecherinnenrat des Deutschen Behindertenrates

**4. Hannelore Loskill**

Funktion: Mitglied im Sprecherinnenrat des Deutschen Behindertenrates

**Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):****1. Michaela Engelmeier****2. Professorin Sigrid Arnade****3. Verena Bentele****4. Hannelore Loskill****Gesamtzahl der Mitglieder:**

140 Mitglieder am 17.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

**Mitgliedschaften (1):**

1. European Disability Forum (EDF)

**Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche**

---

**Interessen- und Vorhabenbereiche (1):**

Rechte von Menschen mit Behinderung

**Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.**

**Beschreibung der Tätigkeit:**

Die großen Sozialverbände, die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe sowie unabhängige Behindertenverbände haben am 3. Dezember 1999, dem Welttag der behinderten Menschen, den

Deutschen Behindertenrat (DBR) in Berlin gegründet.

Der Deutsche Behindertenrat bildet eine Plattform für gemeinsames Handeln und Erfahrungsaustausch und ermöglicht die Bildung von themenorientierten Aktionsbündnissen. Es ist die Aufgabe des Deutschen Behindertenrates, Interessen von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen und ihrer Angehörigen verbandsübergreifend offensiv zu vertreten. Dazu gehört insbesondere auch, auf die Sicherstellung der finanziellen Rahmenbedingungen für die Lebensgestaltung von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen und ihrer Angehörigen sowie der Arbeit der für sie notwendigen Dienste und der Selbsthilfestrukturen hinzuwirken. Bei der Erfüllung seiner Aufgaben bewahrt der Deutsche Behindertenrat Neutralität und Unabhängigkeit, insbesondere von Wirtschaftsunternehmen.

Darüber hinaus vertritt der Deutsche Behindertenrat die Interessen von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen und ihrer Angehörigen auf der internationalen Ebene neben den Interessenvertretungen der Einzelorganisationen.

Die Eigenständigkeit der Mitgliedsorganisationen bleibt unberührt.

Der Deutsche Behindertenrat ist nicht legitimiert, in die Wahrnehmung der Einzelinteressen seiner Mitglieder einzugreifen.

Die Umsetzung der geschilderten Aufgabenstellung des Deutschen Behindertenrates drückt sich in der konkreten Arbeit im Handlungsfeld aus:

Durch direkte Anschreiben, Positionspapiere oder sozialpolitische „GetTogether“ wird unmittelbar der Kontakt mit Politikerinnen und Politikern, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages, gesucht. Zudem werden Austausch- und Informationsveranstaltungen organisiert, zu denen auch Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen werden, um diese von unseren Positionen zu überzeugen. Die aktive Beteiligung an Gremien und Beiräten wird mithilfe der speziellen Expertise von Akteuren und benannten Delegierten unserer Mitgliedsverbände gewährleistet.

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt, die die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland betreffen.

Mit Stellungnahmen beteiligt sich der Deutsche Behindertenrat Gesetzgebungsverfahren zur Behindertenpolitik sowie an Anhörungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Der Deutsche Behindertenrat verfolgt dabei schwerpunktmäßig folgende Ziele::

-die Menschenrechte für alle Menschen mit Behinderungen und/oder chronischer Erkrankung und ihrer Angehörigen umfassend zu verwirklichen,

-die Gleichstellung mit nichtbehinderten Menschen in unserer Gesellschaft zu erreichen und eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen und ihrer Angehörigen abzubauen,

-die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen und ihrer Angehörigen in allen Lebensbereichen zu verwirklichen und eine Fremdbestimmung zu verringern,

- die Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen und ihrer Angehörigen in allen sie betreffenden Entscheidungsprozessen zu ermöglichen und eine Bevormundung abzubauen,
- die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen und ihrer Angehörigen in allen Lebensbereichen zu realisieren und eine Ausgrenzung zu verhindern,
- die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen und ihrer Angehörigen in der Gesellschaft zu bekämpfen,
- den Vorrang der Selbsthilfe gegenüber der fremdorganisierten Hilfe durchzusetzen.

## Konkrete Regelungsvorhaben (5)

---

### 1. AGG-Reform - Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)

#### **Beschreibung:**

Die Interessenvertreter\*innen des Deutschen Behindertenrates (DBR) fordern unter Bezugnahme auf den Koalitionsvertrag 2025 – „Benachteiligungen und Diskriminierungen sind Gift für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb stärken und verbessern wir den Diskriminierungsschutz.“ - Zur Erreichung dieses Zieles wird der Deutsche Behindertenrat Gespräche mit der Bundesjustizministerin sowie den behindertenpolitischen Sprecher\*innen der Fraktionen führen und in einen Dialog mit dem Bundesbehindertenbeauftragten als zentralen Ansprechpartner bei der Bundesregierung in allen Angelegenheiten, welche Menschen mit Behinderungen berühren, treten. Zudem werden die Interessenvertreter\*innen des Deutschen Behindertenrates auch das persönliche Gespräch mit Bundeskanzler Merz suchen.

#### **Betroffenes geltendes Recht:**

AGG [alle RV hierzu]

#### **Interessensbereiche:**

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

### 2. BGG-Reform - Einflussnahme auf die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes

#### **Beschreibung:**

Einflussnahme auf die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes / Ausweitung auf private Anbieter von Produkten und Dienstleistungen durch Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Veröffentlichung von Forderungspapieren zum Thema auf unserer Webseite, Postings zu aktuellen Themen auf unseren Social Media Kanälen) und durch Kontaktierung der relevanten behinderungspolitischen Akteure in Gremien (bspw. BMWSB - Fachdialog zum Thema Kosten & Förderung von Barrierefreiheit) sowie Informations- und Kontaktangebote an Bundestagsabgeordnete bzw. deren Fraktionen, um Gespräche zu führen.

Aufrechterhaltung der Vernetzung durch Anschreiben auch an neu eingesetzte Akteure auf ministerieller Ebene.

**Betroffenes geltendes Recht:**

BGG [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. SG2409030009 (PDF - 7 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 23.07.2024 an:

**Bundestag**

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

**Bundesregierung**

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. SGB VIII

**Beschreibung:**

Gestaltung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe-Nachdem der Gesetzesentwurf zur Ausgestaltung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (IKJHG). Die Interessenvertreter\*innen des Deutschen Behindertenrates erwarten von der neuen Bundesregierung, dass das Reformvorhaben einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe unter Beteiligung der Zivilgesellschaft in der kommenden Legislatur – auch unter Verweis auf die Ankündigung im Koalitionsvertrag 2025 - intensiv vorangetrieben wird und in ein Gesetz mündet. Zur Erreichung dieses Zieles wird der Deutsche Behindertenrat unter anderem Gespräche mit Familienministerin Karin Prien führen, sowie in einen Austausch mit den behindertenpolitischen Sprecher\*innen der Fraktionen eintreten und auch regelmäßig an Inklusionsbeiratssitzungen aktiv teilnehmen.

**Betroffenes geltendes Recht:**

SGB 8 [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

4. **Forderungspapier zu einer BGG-Reform, die im Koalitionsvertrag vorgesehen, aber noch nicht umgesetzt wurde**

**Beschreibung:**

Der Deutsche Behindertenrat (DBR) fordert die Bundesregierung und das Parlament auf, die dringend notwendige BGG-Reform zügig auf den Weg zu bringen. Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat Deutschland im Rahmen des Staatenprüfungsverfahrens zum wiederholten Mal aufgefordert, die bestehenden gesetzlichen Regelungen zu verschärfen und auch private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zur Barrierefreiheit und zu angemessenen Vorkehrungen im Einzelfall zu verpflichten. Der Deutsche Behindertenrat (DBR) fordert die Bundesregierung und das Parlament auf, die dringend notwendige BGG-Reform zügig auf den Weg zu bringen, Die argumentative Grundlage des Forderungspapiers 2025 dient dazu als Grundlage auch für die Kontaktierung der relevanten politischen Akteure.

**Betroffenes geltendes Recht:**

BGG [alle RV hierzu]

**Interessenbereiche:**

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

5. **Positionierung u. Forderungen des Deutschen Behindertenrates (DBR) zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/2102 in Deutschland**

**Beschreibung:**

Bezüglich Umsetzung der EU-Richtlinie 2016/2102 in Deutschland hat der Deutsche Behindertenrat Umsetzungsdefizite der digitalen Barrierefreiheit festgestellt. Neben der barrierefreien Gestaltung von Webseiten und digitalen Systemen wird die freie Verfügbarkeit des harmonisierten Standard EN 301 549 in allen Amtssprachen sowie in barrierefreier Form gefordert, Befugnis der Überwachungsstellen Mängeln nachzugehen, die Aufsichtsbehörden zu verständigen, auch mit der Option, Bußgelder zu erheben. Zur Realisierung dieser Forderungen wird der Deutsche Behindertenrat auf ministerieller Ebene das Gespräch suchen sowie die regelmäßig stattfindenden BMAS-Schalten dazu nutzen, mit der Arbeitsebene seine Anliegen zu kommunizieren.

**Interessenbereiche:**

Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]

**Stellungnahmen/Gutachten (1):**

1. **SG2409040007** (PDF - 7 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 30.08.2024 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

## **Angaben zu Aufträgen (0)**

---

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

## **Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand**

---

Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

## **Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen**

---

Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/25

**Gesamtsumme:**

0 Euro

## **Mitgliedsbeiträge**

---

Geschäftsjahr: 12/24 bis 12/25

**Gesamtsumme:**

0 Euro